Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Fiktal-Expeditionen für die
Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. Lueders,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Haj,
S. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 21 1/2 Sgr., für die
übrigen Deutschen Staaten
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen, im Agr. Sachsen
u. Herzg. Sachsen-Altenburg
auch auf den 1ten Monat
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Fiktal-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Bergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 39.

Freitag, 3. April.

1874.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April beginnt ein neues Quartal und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt 16 Sgr. (56 Kr. rh.) pro Quartal, 5 1/2 Sgr. (18 1/2 Kr. rh.) pro Monat, in Preußen incl. Stempelsteuer 21 1/2 Sgr.

Alle deutsche Postanstalten nehmen Abonnements entgegen. Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe bei dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

- für Deutschland 1 Thlr. 5 Ngr. (2 fl. 3 kr. rh.);
- für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien und Italien 1 Thlr. 10 Ngr. (5 Fr.);
- für Frankreich, die Niederlande, Portugal, Großbritannien, Rumänien und die Türkei 1 Thlr. 20 Ngr. (6 1/2 Fr.);
- für Spanien und für Amerika 2 Thlr.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis (mit Bringerlohn) auf 17 1/2 Ngr. pro Quartal und 6 Ngr. pro Monat festgesetzt. Man abonniert bei der Expedition dieses Blattes, Zehnerstraße 44, und bei Colporteur Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Fiktal-Expeditionen: für **Bolkmarzdorf, Reudniz, Reuschönfeld** u. bei D. Stelzer, Reudniz, Kapellengasse 11, 2 Tr., für **Plagwitz und Lindenau** u. bei Frau Hohe, Plagwitz, Böhmer'sche Str. 26, für **Connewitz** u. bei Teubert, Bornaische Straße 19, für **Kleinwiesener** und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst, für **Thonberg** bei Horn, Hauptstr. Nr. 95, für **Stötteritz** bei Gust. Voigt, Schulweg 2, für **Gohlis** u. bei D. Peukert, Hauptstr. 19.

Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 8 Sgr. frei in's Haus abonniert, bei Trautmann, Engelufer 8, 6b, 4 Tr.; Orberg, Weberstr. 32; Rudenow, Brunnenstr. 34 im Laden; Wagnier, Elisabethstr. 1; Vogel, Prinzenstr. 61.

Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten. Abonnements bei der Expedition, sowohl einzelne wie von Fiktalen, welche nicht rechtzeitig erneuert worden, werden vom 1. April an nicht mehr effektuiert.

Bei Nachbestellung ist an die Post 1 Sgr. Bestellgebühr außer dem Abonnementsbetrag zu entrichten.

An die Abonnenten in Sachsen.
Bei Verweigerung der Annahme des Abonnements für April, Seilens einer Fiktal-Expedition, wessen sich die Betreffenden auf das Circular vom 16. März 1872 Nr. IV 2463 A berufen, vonach Monatsabonnements auf den „Volksstaat“ im Königreich Sachsen und Herzogthum Sachsen-Altenburg zulässig sind.

Die Expedition des „Volksstaat“.

In zwölfter Stunde!

Gewerks- und Parteigenossen!

In der vorigen Nummer des „Volksstaat“ haben wir Euch aufgefordert, in sofort abzuhaltenden Versammlungen Protest zu erheben gegen die Verschlechterung der Gewerbeordnung durch die Reichstags zur Beschlussfassung unterbreitete „Novelle zur Gewerbeordnung.“ Heut wollen wir ein wenig näher auf diese höchst wichtige und dringende Angelegenheit eingehen, insbesondere aber klar legen, warum wir noch im letzten Augenblick diese Aufforderung an Euch gerichtet haben.

Bekanntlich ist dem Reichstag unter oben genanntem Titel: „Novelle zur Gewerbeordnung“ ein Stück Gesetzentwurf vorgelegt, der einige Paragraphen der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 „verbessern“ soll.

Leider müssen wir konstatieren, daß diese aus den Kreisen der Fabrikanten und sogenannten „selbstständigen“ Gewerbetreibenden herkommende, und vom Bundesrath beabsichtigte „Verbesserung“ eine total verkehrte genannt werden muß, ja in Bezug auf die Wahrung und Förderung der Interessen der weitaus größten Mehrheit der Lohnarbeiter ganz gleich, ob Handwerksgehilfen oder Arbeiter für alle selbstständigen Gewerbetreibenden, in eine enorme Verschlechterung ausgeartet ist.

Freilich war dies kaum anders zu erwarten, nachdem der Bundesrath dem Drängen der Fabrikanten und der groß- und kleinindustriellen Unternehmer, in höchst übereifriger Weise Nachsicht zu tragen, für nöthig gehalten hatte. Diese Herren haben sehr gut verstanden, durch ihre Organe in der Presse, durch die Handels- und Gewerbestammern, in zahllosen Resolutionen und in lautester, aufdringlichster Weise diese, durch das nächste Klasseninteresse bedingte, in eigenmächtigster Absicht geforderte Aenderung der Gewerbeordnung bei der Reichsregierung nicht nur durchzusetzen, nein! noch obendrein als im allgemeinen Volksinteresse verlangt zu motiviren, so daß der Reichstag nur noch nöthig hat, sein übliches Ja und Amen dazu zu sagen. Geschieht dies, dann ist das einzige Recht, welches das arbeitende Volk zu welchem wir natürlich jene auch Arbeiter nicht zählen) auf gewerkschaftlichem Gebiete den Arbeitsherren gegenüber überhaupt noch hatte, das Koalitionsrecht, mit dem härtesten Halsband der kriminalen Verschlechterung des sogenannten Contractbruchs glücklich erdroffelt, so wie der freisten Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter Thür und Thor geöffnet.

Aber die Arbeiter? und der Reichstag? Mit Bestriedigung wollen wir hier konstatiren, daß die Agitation der Arbeiter nicht erfolglos war, indem dieselben bei den Wahlen viele Kandidaten veranlaßten, sich gegen die den Arbeitern feindlichen Bestimmungen der „Gewerbe-Novelle“ auszusprechen, ja eine Anzahl Abgeordnete zu wählen, die diese verschlechterte Auflage gewerbegesetzgeberischer Weisheit im Reichstage selbst entschieden bekämpfen werden.

Selbst dem doch sicherlich nicht im Geruche der Arbeiterfreundlichkeit stehenden Reichstage und der noch weniger mit den Arbeitern sympathisirenden Commission, welcher diese verunglückte Gewerbegesetz-Verbesserung zur Vorberathung überwiesen wurde, schien dieses reaktionäre Nachwerk einseitiger Classengesetzgebung, welches mit konsequenter Nothwendigkeit zur gefährlichsten Classenjustiz führen mußte, zu starker Tabak zu sein. Im Reichstage fand dieser Entwurf daher keine günstige Aufnahme, und die Commission verwarf auch die Bestrafung des sogenannten Contractbruchs, so daß die Hoffnung nicht unbegründet erschien, der Reichstag würde diese höchst unreife Frucht bundesrathlicher Erkenntniß schließlich ganz und gar ablehnen.

Allein, was wir als Gegner des Entwurfs hofften, beschränkten die Freunde desselben, und deshalb setzen die arbeitserfreundlichen Parteien innerhalb und außerhalb des Reichstages Alles daran, dieses und andere, die Arbeiterinteressen schädigende, das Recht der Arbeiter bedrohende Gesetze durchzusetzen. Innerhalb des Reichstages ist es eine hinter den Coullissen thätige Coterie, die als sogenannte freie Commission die von der Commission abgelehnten Bestimmungen in anderer Fassung wieder einschmuggeln will.

Die Abg. Dr. Beseler, Dr. Baehr (Cassel), Dr. v. Sarwey und 67 andere Mitglieder beantragen, die in der Commission abgelehnte Bestimmung über die Bestrafung des Contractbruchs in folgender Fassung wieder herzustellen: „Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft werden bestraft: 1) Arbeitgeber, die ihre Gesellen, Gehilfen oder Fabrikarbeiter widerrechtlich entlassen oder von der Arbeit zurückweisen; 2) Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter, welche die Arbeit widerrechtlich verlassen oder verweigern. Die Bestrafung wird jedoch ausgeschlossen, wenn nach den Umständen anzunehmen ist, daß im guten Glauben gehandelt wurde.“ — Ferner soll nach demselben Antrage die gleiche Strafe für diejenigen gelten, welche die Arbeitgeber oder die Arbeitnehmer zu den eben bezeichneten Handlungen bestimmen oder zu bestimmen versuchen. In Bezug auf den ersten von den Gewerbegelehrten handelnden Abschnitt werden von den Mitgliedern, welche in der Commission in der Minorität geblieben sind, im Verein mit anderen Mitgliedern Anträge eingebracht werden, welche die bisherigen Schiedsgerichte beibehalten und zur besseren Wirksamkeit derselben Bestimmungen über die Zusammensetzung, das Verfahren, die Rechtsmittel, die Vollstreckung der Entscheidungen der Schiedsgerichte u. treffen.

Ferner haben diejenigen, auf deren Veranlassung und in deren Interesse der Bundesrath die „Gewerbe-Novelle“ eingebracht, den Reichstag mit einem wahren Petitionssturm bedacht. Mehrere hundert Petitionen mit vielen tausend Unterschriften, zum Theil vom Ausschusse des „Verbandes selbstständiger Gewerbetreibender und Fabrikanten“ in Berlin veranlaßt, fordern die Abänderung der Gewerbeordnung im arbeitserfreundlichen Sinne. Bestrafung des sog. Contractbruchs, Einführung der Arbeitsbücher und Beibehaltung der alten, meist parteiisch zu Gunsten der Arbeitsherren rechtspredigenden Gewerbegerichte.

Ja selbst Arbeiter haben sich betheoren lassen und an diesen Demonstrationen Theil genommen.

Und das ist es hauptsächlich, weshalb auch wir noch im letzten Augenblick von unsern Freunden verlangen, daß auch sie ihre Stimmen erheben, um der auf solche Weise von den Feinden der Arbeiter auf die Entscheidung des Reichstages ausgeübten Pression entgegen zu wirken.

Partei- und Gewerkschaften! Nochmals also fordern wir von Euch, daß Ihr sofort Versammlungen einberuft, Volksversammlungen, öffentliche Partei- und Gewerkschaftsversammlungen, je nachdem die Umstände dies gestatten, und in diesen Versammlungen Protest erhebt gegen den Versuch der volkseindlichen Parteien, die Arbeiter zu unterdrücken und zu knechten. Wir empfehlen deshalb den einzuberufenden Versammlungen folgende Resolution zur Annahme zu unterbreiten, und diese Resolutionen vom Bureau der Versammlung unterzeichnet „An das Präsidium des deutschen Reichstages in Berlin“ adressirt, sofort abzuschicken.

Resolution.

Die heutige in (Vokal) stattfindende Versammlung, besucht von circa (Zahl) Arbeitern, erklärt sich mit aller Entschiedenheit gegen die im Gesetzentwurf, betreffend einige Aenderungen der Gewerbeordnung, vorgeschlagene Beschränkung des Coalitionsrechtes, indem sie die criminelle Bestrafung des sogenannten Contractbruchs als ausschließlich gegen die Arbeiter gerichtet und mit dem Geiste einer gerechten Gesetzgebung unvereinbar zurückweist;

die Versammlung erklärt sich ferner gegen die vom Bundesrath vorgeschlagenen Gewerbegerichte, weil durch dieselben, schon allein mit Rücksicht auf die Wahl der Beisitzer durch die Gemeindevertretungen, das Interesse der Arbeitsherren bevorzugt, die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Arbeitgebern vor dem Gesetze verkehrt, überhaupt dem Zweck, unparteiische Richter zu schaffen, in keiner Weise genügt wird; schließlich protestirt die Versammlung gegen die in Peti-

tionen von Fabrikherren und selbstständigen Gewerbetreibenden geforderte Einführung von Arbeitsbüchern als einen Versuch, den überwundenen Standpunkt künstlerischer Gesezwacherei wieder zu beleben,

und beauftragt ihr Bureau, vorstehende Beschlüsse dem hohen Reichstage des deutschen Reiches zur gütigen Berücksichtigung bei Berathung der Gewerbe-Novelle zu übermitteln. Und nun Partei- und Gewerkschaften handelt rasch und entschlossen, wie es Männern geziemt, die wissen, was sie wollen. Die Zeit bis zum entscheidenden Augenblick ist nur noch eine sehr kurze. Aber im Vertrauen auf unsere bewährte Organisation und Partei-Disziplin hoffen wir trotzdem, daß unser Protest nicht zu spät kommen wird.

Auch die Zeit ist eine günstige. Unsere Vertreter im Reichstage, die augenblicklich unter Euch weilen, werden an den Versammlungen theilnehmen. Die Reichstagsabgeordneten der andern Parteien, die in der Heimath oder in ihrem Wahlkreise amosend sind, laße man zu den Versammlungen ein, damit sich dieselben persönlich überzeugen, wie das arbeitende Volk über das Contractbruchs-gesetz, über Gewerbegerichte, über Einführung von Arbeitsbüchern und alle sonstigen Bedrückungs- und Knechtungsversuche denkt.

Nochmals also: wir erwarten, daß alle Parteigenossen, insbesondere aber die Vertrauensmänner und Gewerkschaftsbevollmächtigten, ohne Säumen ihre Pflicht erfüllen werden.

Es muß dies sein, denn es ist in der That in zwölfter Stunde. Hamburg, den 31. März.

Im Auftrage: Th. Jora.

Polizeiwirtschaft.

Der Polizeikass, welchen der „liberale“ Bürgermeister von Münch und sein Stadtschreiber Pohl zu Hof, wegen der Auflösung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei erlassen haben, verdient noch eine nachträgliche Beleuchtung. Selten ist und ein Schriftstück vorgekommen, in welchem sich Ignoranz, Stupidität und Dreißigkeit so die Wage halten, wie in diesem, so daß man wirklich im Zweifel ist, welche von den drei hier bezeichneten Eigenschaften den Hauptanteil an dem Schriftstück haben. Der eigentliche Auflösungsbeschluss schließt mit der Erklärung, „daß die Veränderung der Benennung des Vereins, resp. seiner Versammlungen nicht gegen Strafe schützt, wenn aus den Umständen hervorgeht, daß jene Veränderung nur zum Scheine vorgenommen wurde.“ Als Strafe ist angedroht: Gefängniß bis zu einem Jahr. Da nun dieselbe Behörde, welche die Auflösung der Mitgliedschaft dekretirte, darüber zu entscheiden hat, „ob aus den Umständen hervorgeht“, daß ein neuer Verein unter was immer für einem Namen, und eine Versammlung, mit was immer für einem Zweck, nur eine zum Schein vorgenommene Veränderung der aufgelösten Mitgliedschaft ist, so liegt klar, daß damit das Vereins- und Versammlungsrecht für Hof vollständig totgeschlagen ist. Wir wüßten überhaupt nicht, wie ein Gesetz beschaffen sein müßte, das vor der gewalthätigen Interpretationskunst des liberalen adeligen Hofers Bürgermeisters und seines Stadtschreibers sicher sein soll, denn die beiden haben in dieser Beziehung ganz erstaunliche Proben dargelegt, wie die weiter auszuführenden Thatsachen beweisen werden.

Das stadtrathliche Hofers Zweigestirn hat nämlich ein Sammelurium von Auslassungen zusammengebracht, das es mit dem Titel „Gründe“ für die Auflösung belegt und deren es nicht weniger als zehn aufzählt.

In den ersten vier „Gründen“ wird bewiesen, daß die Partei eine politische sei, was wohl ohne die Weisheit der hohen Stadthäupter der Welt bis heute verschwiegen war. Im fünften „Grunde“ wird gesagt, daß der Vertrauensmann, der Beitragsammler und die beiden Controleure neben der Regelung der örtlichen Angelegenheiten, insbesondere auch den Verkehr mit der Oberleitung, dem Vororte Eisenach und der Centralleitung, dem in Hamburg ständig tagenden Ausschusse zu vermitteln hatten. Da die Partei als Oberbehörde nur den Ausschuss in Hamburg hat, den der würdige Herr Bürgermeister und sein Stadtschreiber Centralleitung nennt, so bitten wir um gefällige Auskunft, wo die außerdem aufgeführte Oberleitung ihren Sitz hat und wer sie bildet. Wir bitten ferner die hohen Stadthäupter, uns zu sagen, welcher Art der Verkehr ist, den Vertrauensmänner, Beitragsammler und Controleure mit dem Vororte Eisenach unterhalten. Wie aus dem klaren Wortlaute der Parteioorganisation hervorgeht, ist Eisenach einfach Sitz der Partei, also das Domicil, wie es die deutschen Vereinsgesetze für jeden Verein vorschreiben. Mit dem Behörden des Vereinsdomicils kann aber nur die „Centralbehörde“ verkehren, also in diesem Falle der Parteiaus-schuss. Es ist also eitel Finkerei und Unwissenheit über die Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und die gesetzlichen Erfordernisse, wenn Herr von Münch und sein Stadtschreiber dergleichen Zeug in die Welt schreiben und als „Gründe“ für die Auflösung einer Parteiverbindung anführen.

Unter dem achten „Grunde“ wird angeführt, daß Hasenclever Präsident der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sei — eine wahrhaft polizeiwidrige Unwissenheit. Dann aber sollen auch die Gewerkschaften der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter, deren Sitz Weimar ist, die Gewerkschaften der Schuhmacher, mit dem Sitz in Stuttgart, und die Gewerkschaft der Holzarbeiter, mit dem Vorort Altona, Mitgliedschaften der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sein. Nach Beweisen für diese aller Wahrheit in's Gesicht schlagenden Behauptungen sucht man

in dem Schriftstück vergebend; aber freilich, die deutsche Polizei genießt ja das Privilegium, ebenso der Wahrheit wie dem gesunden Menschenverstand ein Schnippen schlagen zu dürfen, wenn es sich darum handelt, politische Gegner tot zu machen. Statt wirklicher Gründe und Beweise stellen Herr v. Münch und sein Stadtschreiber die Fede — wir wären fast geneigt, zu sagen freche — Behauptung auf: „Selbstverständlich wird diese Organisation und Verfassung weder in den Statuten niedergelegt, noch überhaupt seitens der Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zugegeben, da es bis zur äußersten Konsequenz verfolgte Absicht der Partei ist, Verfassung und Zweck der Verbindung den Staatsbehörden geheim zu halten.“

Aber Sie Taufensassa, wo haben Sie, Herr v. Münch, denn diese Weisheit nur her, wenn die Partei „bis zur äußersten Konsequenz Verfassung und Zweck der Verbindung den Staatsbehörden geheim zu halten sucht.“ Sie erschrecken uns wahrhaft mit Ihrem tiefen Wissen, Sie verständigen ganz unerhörte Dinge, die nicht einmal die eingeweihtesten Mitglieder wissen. Wir hoffen, die Reichsregierung wird Sie im Auge behalten und Sie, wenn erst Stieber der Erde seinen Tribut gezahlt, zu seinem Nachfolger ernennen. Sie sind ein wahres Polizeigenie, welches das Gras wachsen hört, und so werden unter Ihrer Leitung die staatsverleidelichen Kommunistenprojekte zu Tugenden aus dem Boden „wachsen“. Sie bekommen hoffentlich bald einen Orden, wir empfehlen Sie hiermit Ihren Vorgesetzten.

„Grund“ 9 trieft nicht minder wie die vorhergehenden „Gründe“ von polizeilicher Weisheit und welterrettenden Gedanken. Die sozialdemokratische Partei ist ferner eine Vereinigung, welche die sittlichen, religiösen und insbesondere die gesellschaftlichen Grundlagen des Staats zu untergraben droht. Die Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und der Confession gehört zum Programm und ist jedes Mitglied verpflichtet und verbunden für die Verwirklichung des Programms mit ganzer Kraft einzutreten.“ Wir sind Herrn v. Münch und seinem Stadtschreiber sehr verbunden. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei droht also um deswillen die sittlichen, religiösen und insbesondere gesellschaftlichen Grundlagen des Staats zu untergraben, weil sie die Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und der Confession beabsichtigt. Nach Herrn v. Münch und seinem Stadtschreiber ist also die Aufhebung dieser Vorrechte ein Verbrechen. Damit ist recht natü die Unnatur unserer Zustände gekennzeichnet und dargelegt, auf welcher Seite in Wirklichkeit die Untergraber von Sitte, Moral und Gesellschaft zu suchen sind.

Daß die „Hofers Zeitung“ und der „Thüringer Volksbote“ verschiedentlich wegen Preßvergehen bestraft worden sind, ist den Hofers Weisen ein weiterer und durchschlagender Beweis von der Verderblichkeit der Sozialdemokratie. Unter den angezogenen Zeitungsartikeln ist sogar ein solcher, gegen den der Hofers Staatsanwalt die Anklage seiner Zeit mußte fallen lassen. Was soll man zu einer solchen Handlungsweise einer Behörde sagen? Uns scheint, daß das Ansehen der Gesetze und des Staats durch die ganze sozialdemokratische Agitation in Hof und Umgegend nicht entfernt so untergraben worden ist, wie durch die aller Gerechtigkeit und Würde hohnsprechende Handlungsweise des Bürgermeisters und des Stadtschreibers von Hof. Daß die Sozialdemokratie den Grundsatz: „Theile und herrsche!“ den man bisher nur despotisch gesteuerten Regierungen oder einem Tyrannen zuschrieb, zur Geltung bringen will, ist eine Unterstellung, die man der augenscheinlich sehr schwachen geistigen Capacität der hohen Stadthäupter und dem daraus folgenden gänzlichen Mißverständnis dieses Satzes zu Gute halten muß.

Ein Haupttrumpf endlich wird im zehnten „Grunde“ angepielt, indem Herr v. Münch und sein Stadtschreiber sich zu folgender Behauptung versteigen: „Wenn auch sämtliche Mitglieder der sozialdemokratischen Partei verpflichtet scheinen (im achten „Grunde“ wurde dieses „Scheinen“ als feststehende Thatsache angenommen), unter Verletzung des § 128 des Reichsstrafgesetzbuches, Verfassung und Zweck der Verbindung den Behörden zu verheimlichen, so geht doch aus dem, was den Behörden durch einzelne Worte und Handlungen der Mitglieder und der Parteipresse bekannt wurde, sowie aus dem Programm der Partei zur Genüge hervor, daß ihr Zweck dem § 81, Absatz 1, Biffer 2 des Reichsstrafgesetzbuches zuwiderläuft.“

Als wir diese Anklage lasen, waren wir im Zweifel, ob wir sie im Ernst oder im Scherz nehmen sollten. Als Scherz schien uns die Sache zu ernst, aber für Ernst sie zu nehmen, das läßt die eigene Haltung der Urheber nicht zu. Es muß sehr schlecht um das logische Denken oder das Pflichtgefühl von Männern bestellt sein, die solche Dinge niederschreiben. Nach § 128 des Strafgesetzbuches wird die Theilnahme an einer Verbindung, deren Dasein, Verfassung oder Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, mit Gefängnis bis zu sechs Monaten, an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft.“ Es war also Pflicht des Hofers Bürgermeisters und seines Stadtschreibers, wenn sie an die von ihnen behauptete geheime Verbindung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei glaubten, die Mitglieder wie deren Leiter in Hof der Staatsanwaltschaft zu denunciren. Indem sie es nicht thaten, haben sie bewiesen, daß sie an die von ihnen selbst behaupteten Thatsachen nicht glauben. Wir überlassen es den Lesern, ein solches Verfahren mit dem geeigneten Titel zu belegen. Noch schlimmer ist, daß der Hofers Bürgermeister und sein Stadtschreiber zu erklären wagen, daß das Programm und die Handlungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei dem § 81, Alinea 2 des Strafgesetzbuches zuwiderläuft, ohne die sofortige Hilfe des Staatsanwalts in Anspruch zu nehmen. Der § 81 handelt vom Hochverrath, der mit lebenslänglichem Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft und bei mildernden Umständen mit Festungshaft nicht unter fünf Jahren bestraft wird. Nach der Uebersetzung des Herrn v. Münch und seines Stadtschreibers beherbergt Hof also eine ganze Anzahl Menschen, die sich des schwersten politischen Verbrechens schuldig gemacht haben, ohne daß die beiden Herren sich verpflichtet hielten, dem Staatsanwalt davon Anzeige zu machen, was unzweifelhaft ein schweres Vergehen gegen ihre Amtspflichten ist. Noch mehr, diese Erklärung der Herren v. Münch und Pohl ist in Nr. 31 der „Hofers Zeitung“ abgedruckt, der dortige Staatsanwalt hat sie unzweifelhaft gelesen und dennoch hat derselbe sich bis heute nicht vera. laßt gesehen, die beiden Beamten zu vernehmen und die „Verbrecher“ anzuklagen. Es scheint also, daß der Herr Staatsanwalt in Hof den amtlichen Versicherungen des ihm sicher genau bekannten Bürgermeisters und seines Stadtschreibers keinen Glauben beimißt und dieselben als dekorative Floskeln betrachtet, die jene Herren nur eifanden, um ihrem Ullas in den Augen der Dummen ein größeres Gewicht zu geben. Nun, das muß unsere Verurtheilung des G. bahrens des Herrn v. Münch und seines Stadtschreibers nur verschärfen.

Der ganze Vorfall zeigt, wie es im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte mit der Freiheit der Staatsbürger bestellt ist, und daß Polizeiwillkür im Jahre des Heils eintausendachtundvierzig und fiefzig gerade so gut möglich ist, wie in irgend einer Periode des in dieser Beziehung berücksichtigten achtzehnten Jahrhunderts oder unter dem bündelstählischen Regime in diesem Jahrhundert. Der Name des Herrn v. Münch wird künftig neben den Stieber, Küber, Meyer, Tessenlof und Consorten prangen und die Nachwelt wird sicher dem Andenken dieser Biederer eine Säule setzen. Nur wird es schwerlich eine Ehrensäule sein!

Politische Uebersicht.

Der Reichstag ist bis zum 9. April vertagt worden. — Ein Rückblick auf seine bisherige Thätigkeit zeigt, soweit die Sache uns angeht, nichts Erfreuliches. Hatte doch das Präsidium die Mundtodtmachung der sozialdemokratischen Abgeordneten als seine Hauptaufgabe erkannt und ist es auch ganz konsequent in diesem Sinne und zu diesem Zwecke im Werke gegangen. Getreulich sekundirten ihm dabei die Vordersten im Bismarckschen „Culturkampf“, die es ja offen ansprachen, daß die Sozialdemokraten „in diesem Hause“ nur „Gäste“ seien, ein hübsches Bild der Vorstellung, welche sich die Schildknappen des „Seniales“ von einer Volksvertretung machen. Nicht der Wille der Wähler ist es, den sie achten, sondern sie schätzen nur jene Borzüge an einem Reichstagsmandate, die mit ihren persönlichen Interessen in Verbindung zu bringen sind. Wo Miquel, Braun und der Herzog von Ujest, der „Auch-Arbeiter“, sich „zu Hause“ fühlen, da können freilich Sozialdemokraten nur „Gäste“ sein, und wohl diesen, daß in der „Filiale der Börse“ vom Dönhofsplatz ihnen solche Complimente gemacht werden. Denn nur in einer „Filiale der Börse“ können die Miquel, Braun und Ujest „Stammgäste“ oder gar „zu Hause“ sein.

Zieht man indessen einen Vergleich zwischen dem deutschen Reichstag und den Parlamenten anderer Staaten — wir sagen ausdrücklich Staaten, weil wir wahre Volksparlamente ja so ziemlich nirgends haben — so dürfte dieser Vergleich gar sehr zu Ungunsten des deutschen Reichstags ausfallen. Wir verlangen von Leuten, welche die Schwere allerhöchster „Herzenswünsche“ schon ins Knie sinken läßt, durchaus nicht den starren Constitutionalismus des englischen Unterhauses; aber wenn wir das deutsche „Reich“ anerkennen und seinen „Culturkampf“ mitkämpfen würden, so müßten wir uns schämen über den Mangel an Muth und über den Mangel an Takt, durch welchen sich der Reichstag vorzüglich kennzeichnet, zwei Eigenschaften, welche diesem Parlamente in der Geschichte des Parlamentarismus denselben Platz verschaffen werden, den Don Quixote in der Geschichte des Ritterthums oder Calvespiegel in der Geschichte der Philosophie einnehmen. Mangel an Muth sagen wir, und wer will uns bestreiten, daß die Mehrheit des Reichstags, indem sie die Mundtodtmachung der amnestierten Sozialisten billigt und die Reklamirung der gefangenen Sozialisten ablehnt, den Beweis der Rathlosigkeit liefert? Wer will uns bestreiten, daß die Mehrheit des Reichstags, indem sie den Vorlagen der Regierungen bedingungslos zustimmt, oder, wenn die Regierung Dinge fordert, welche den Volksinteressen mit der Faust ins Gesicht schlagen, einen unterthänigsten „Compromiß“ auf dem Präsentirteller einherbringt, sich jener Eigenschaft bezieht, welche man gewöhnlich unter Muth versteht? Wahrhaftig, wir wären die Letzten, welche die Organe der Versailler Krautjunker-versammlung als parlamentarisch musterzünftig betrachteten, aber das müssen wir sagen: der verjüngteste Donapartisi in Versailles hat mehr Courage, als der verbismarckteste Nationalliberale in Berlin.

Und erst der Takt! Die „Heiterkeit“, unter welcher die ehsa-lotbringischen Abgeordneten niedergebrellt wurden, der Lärm, welcher die wenigen sozialistischen Neben in Wolken von „Gelächter“ verschwinden ließ, erinnert und lebhaft an die vielen Volksoberfahrungen, wo die Sozialdemokraten schon von den „Gebildeten“ niedergeschrien worden sind. Der Geist des Tabakcollegiums schwebte segnend über der Atmosphäre des deutschen Parlaments, und wäre nur jeder Abgeordnete verpflichtet, aus einer langen Pfeife zu rauchen, so könnte der Schatten Friedrich Wilhelm I. beruhigt sein.

Da möge sich Niemand wundern, wenn unsere Abgeordneten die Anwesenheit und Wirklichkeit im Reichstage als ein „Martyrium“ bezeichnen. Angenehm ist es nicht, unter den Wölfen zu sein für Leute, die fest entschlossen sind, nicht mit den Wölfen zu heulen.

Muthlos nach oben, taktlos und terroristisch nach unten, das ist die Signatur der Mehrheit im Reichstage. Das wird sich nicht leicht ändern, das wird so lange vorhalten, bis die Sozialdemokratie genügend vertreten ist. Und den Stempel dieses Zustandes werden auch die aus diesem Reichstage hervorgehenden Gesetze tragen. Darauf möge ein Jeder gefaßt sein!

Der Exekutor. Die „Volkzeitung“ schreibt: „Zu unserer allgemein gehaltenen Bemerkung über die rigorose Einziehung der noch rückständigen Nothstandsbarlehen aus dem preußischen Hungerjahre 1868, ist uns gütigst nachstehendes, mit Aktenstücken belegtes Probefall aus Ostpreußen, Regierungsbezirk Königsberg, zugegangen. Einem schon damals armen Postmann wurden 3 Scheffel Saatkartoffeln zum Werthe von 4 Thlr. vorgestreckt, und da er weder dieses für ihn unerschwingliche Kapital, noch die davon schuldig geliebten 4 pCt. Zinsen bis jetzt zurückzahlen vermochte, so wurde ihm durch Mandatsprozeß des Justizunter dem 13. ds. aufgegeben, binnen 14 Tagen entweder den Kläger (den Fünf-Milliarden-Fiskus!) zu befriedigen oder seine, durch Urkunden, Eideszuschreibung oder Zeugenaussagen dargelegten Einwendungen anzubringen, widrigenfalls Exekution u. s. w. Und nun hören wir die Klage des Bedrohten wörtlich: „Ich bin krüppelig, bin 67 Jahre. Meine Ehefrau ist noch ein Jahr älter, seit 10 Jahren krank und muß aus dem Bette gehoben werden. Ich bin arm und ohne Mittel und kann die Forderung nicht bezahlen.“ — Das ist nur ein Fall, wie viel Aehnliches mag noch vorkommen im Jahre nach dem Bollempfang der fünf Milliarden? — Sind wir denn wirklich dem Schicksal jenes Gepeinigten in der griechischen Sage verfallen, der von unstillbarem Hunger gepeinigt wurde, weil sich Alles, was er berührte, in Gold verwandelte? Daß wir, im Golde versunken, kein Brod haben? Sind wir wirklich nicht im Stande, durch ein schleunigst einzubringendes Gesetz die noch ausstehenden Forderungen dieser Art sämtlich niederzuschlagen? Dem Betroffenen geben wir aber den Rath, sofort seine behördlich zu bescheinigende Zahlungsunfähigkeit als Einwendung gerichtlich zur Geltung zu bringen.“

Die gute „Volkzeitung“! Da sie in der griechischen Sage so bewandert zu sein scheint, warum gibt sie dem armen Postmann nicht den Rath, er möge es machen, wie jener andere „Gepeinigte“ in der griechischen Sage, den die Götter mit unerfülllichem Hunger

bestraft hatten und der seine eigenen Arme ansoß! — „Daß wir im Golde versunken, kein Brod haben!“ O ja, wir — das heißt der große Bernstein und die Milliardenvertheiler Bismard und Manteuffel, die Gründer Miquel und Ujest — „wir“ haben Brod und „versinken im Gold“, wenn auch die „Volkzeitung“ manchmal in etwas Anderem versinkt. Aber der arme Postmann in Ostpreußen „versinkt“ nicht im Gold, vier lumpige Thaler sind für ihn ein „unerschwingliches Kapital“. Das ist eben der Unterschied — Gold und Brod für die Milliardenmänner, den Exekutor für den Postmann! — Das ist der Unterschied, welchen Herr Bernstein heute, nachdem er sein 25jähriges Jubiläum gefeiert hat und angezungen und angehocht worden ist — noch nicht begreift. Der Mann, welcher von Vielen Seinesgleichen als einer der ersten Publizisten Deutschlands gefeiert wird, kann es nicht begreifen, daß während die Milliarden ins Reich fluthen, „wir“ — d. i. die Regierung, Bismard und die deutsche Bourgeoisie — kein Brod haben! Die Sozialdemokraten aber, welche dies sehr wohl begreifen, sind „Vollsbeträger“ — „Sozialdemagoga“, nicht wahr, Herr Bernstein?

„Daß wir, in Gold versunken, kein Brod haben!“ — „Wer ist die Commune, diese Sphinx, die den Bourgeois verstand auf so harte Proben setzt?“ Mit diesen Worten schildert der Generalsekretär der Internationale die Verblüffung der Pariser Bourgeoisie im März 1871.

Und was setzt den Bourgeoisöverstand eines Bernsteins auf so harte Proben? Die Milliardenfluth und das Elend eines ostpreußischen Proletariats.

Die Pariser Bourgeoisie hat erfahren, wer die Commune war. Herr Bernstein hat noch Nichts gelernt. Vielleicht aber lernt auch er noch, was die Bourgeoisie zu Paris im März 1871 gelernt hat!

— Jener gemüthliche Poet, der 1848 sang:
„Nur eins fehlt noch zu D. Reichs Glück,
Die Republik, die Republik.“

der dürfte sich heute überzeugen, daß in Oesterreich noch ganz andere Dinge als die „Republik“ fehlen, bevor man von „Glück“ reden kann. Das Elend der Manufakturarbeiter im österreichischen Schlesien droht den Gipfel zu erreichen. Mit dem besten Willen können sich die Arbeiter nichts verdienen, da keine Beschäftigung vorhanden ist. Auf allen Straßen, heißt es in schlesischen Blättern, stehen die Frauen der beschäftigungslosen Arbeiter, die abgemagerten Hände den Vorübergehenden stehend entgegenstreckend. Da die Angaben der Sozialdemokratie bei den Herren Bourgeois gewöhnlich keinen Glauben finden, so wollen wir den den letzteren zu Gemüth führen, was die Behörden offiziell über den Stand der Löhne berichtet haben. Da man mehrere Arbeiter eines Großindustriellen, der — wahrscheinlich wegen seiner Fertigkeit im Ausbeuten — mit Orden behangen ist, beim Betteln antraf, so wurde eine amtliche Untersuchung über das Bedienstet dieser Arbeiter eingeleitet, welche ergab, daß der ordnungsgemäße Herr Fabrikant einen Wochenlohn von 1 fl. 10 kr. bis 3 fl. 8 kr. zahlte. Kommen also im besten Falle auf den Tag 44 Kreuzer, im schlimmsten 15¹/₂ Kreuzer ö. W.

Das ist die Krisis. Die Manufakturarbeiter von Oesterreich-schlesien bitten, den Joug fern zu halten, und wir hoffen die deutschen wie österreichischen Arbeiter werden dies nicht nur streng befolgen, sondern auch sonst ihre unglücklichen Brüder in Schlesien zu unterstützen suchen, soviel in ihrer Macht steht. Die Situation, in welche die schlesischen Arbeiter durch unsere verheißt ökonomische Wirthschaft gerathen sind, dürfte einer der schärfsten Impulse zur Organisation sein. Erst Organisation unter sich und dann Organisation mit Anderen muß die Parole der Arbeiterklasse in jedem einzelnen Landestheile sein. Dann erst ist es möglich, solchen Krisen, wie die heutige zu begegnen und dann erst wird die Arbeiterklasse mächtig genug sein, die Ursachen solcher Krisen mit der Wurzel auszuröten.

Wer glaubt, der heutige Staat fühle sich berufen, solchen Uebelständen radikal abzuhelfen, der ist ein Thor. In Rom verzehr Victor Emanuel 10,000 Pfund Eis mit seinem Hofstaate zu Freier seines erlandten Namenstages und auf der Straße felle die brodlosen Arbeiter vor Hunger um. Das ist die heutige gesellschaftliche Situation, welche nicht durch Herumschwärzeln um „hohe“ Persönlichkeiten auf Bällen, sondern nur durch gemeinsames energisches Handeln der Arbeiterklasse beseitigt werden kann. An solch fürchtbar zugespitzten Gegenständen werden Schulze und Marx Hirsch so gut zu Schanden, wie Kirchmann und Rodbertus. Und die Bourgeoisie laßt aller Compromißvorschlüge. „Laßt betteln gehen! Für das Proletariat ist der Tisch nicht gedeckt!“ So geht der „Krug“ fort zum Brannen, von Krise zu Krise, bis er bricht.

— Verschnappt. In Pforzheim erscheint ein unsern Lesern wohl kaum bekanntes Blatt, der „Fortschritt“, welches die den ziemlich hochgehende Arbeiterbewegung zu begeistern und zu beschleunigen sich zur Aufgabe gestellt hat. Die Tendenz des Blattes ist die jenes heuchlerischen Muckertums, welche mit den Phrasen von „Wohlstand“ und „Bildung“ die Arbeiter in die Arme des Kapitalismus zurückzuführen sucht. Wir erstaunen nicht wenig, als die Redaction kürzlich die „große Verbreitung“ ihres Blattes rühmte, da wir wissen, daß das Blättchen fast gar nicht gekam ist, in Folge seiner rohen und albernen Schreibweise auch kaum auf Verbreitung zu rechnen hat. Nun lesen wir in Nr. 1 der „Concordia“ in einer Correspondenz aus Pforzheim:

„Schon seit längerer Zeit hatte sich in den hiesigen leitenden Kreisen der Fabrikantenwelt die Uebergangung Bahn gebrochen, es dürfe ferner nicht ruhig und unthätig dem Anschwellen der sozialdemokratischen Untriebe zugegesehen werden. Bismarck sei die heilige Pflicht, alle Uebelstände, welche der Arbeiterbewegung Boden und Nahrung spenden, zu untersuchen, ihre Abstellung mit aller Kraft zu bewerkstelligen, und dabei das gewissenhafte Treiben der sozialistischen Agitation energisch zu bekämpfen.“ wurde zu diesem Zweck im vorigen Frühjahr der „Soziale Reformverein“ gegründet. Die von seiner Redactionscommissi herausgegebene Wochenschrift „Fortschritt“ wirkt für Ausbreitung seiner Grundsätze; dieselbe wird mit dem hiesigen Lokalblatt in etwa 3000 Exemplaren gratis vertheilt; außerdem wird sie in Stuttgart, Gmünd und Hanau unter Goldarbeitern zu verbreiten gesucht.“

Damit ist wohl das Räthsel gelöst. Die „große Verbreitung“ beruht einfach darauf, daß der „Fortschritt“ dem „Pforzheimer Beobachter“ als Beilage mitgegeben wird. Die „heilige Pflicht“ das heißt die Begeisterung aller selbstthätigen Bestrebungen der Arbeiterklasse, wird also von der Redaction des Blattes um G. berichtet, welches direkt von den Fabrikanten (siehe „Concordia“) kommt, die den sogenannten sozialen Reformverein gebildet hat. Da das Blatt eingeständenermaßen keine Abonnenten hat, so

dem erst zu verbreiten gesucht wird, kann es selbst den Redactoren nicht befallen. Dieser Bursche, der die Worte „Moral“, „Sittlichkeit“, „Sparsamkeit“ und „Anstand“ stets knäppelnd im Munde führt, ist also Nichts weiter als der bezahlte Presskassier der leitenden Kreise der Pforzheimer Fabrikantenwelt. Von solchen Kerlen gelobt zu werden, wäre allerdings eine Schande für die Sozialdemokratie!

— Parteigenosse W. Bracke jr. ist vom Kreisgericht zu Braunschweig „wegen Ungebühr“ zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt worden. Die „Ungebühr“ bestand darin, daß Bracke ein in Befehle gegen ihn ergangenes Urtheil als ungerecht bezeichnet hatte.

— Zu Lübeck ist ein neues Arbeiterblatt, der „Lübecker Volksfreund“, in's Leben getreten, welches vom 1. April ab zweimal wöchentlich erscheinen wird. Das Blatt wird herausgegeben von einem Arbeiter-Preßverein und nennt sich „Organ für den Arbeiter- und Kleingewerbestand.“

— Die Ueberfiedelung der Hubertusburger Festungsgefangenen nach der Festung Königstein ist in letzter Stunde aus unbekanntem Gründen sistirt worden.

Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen!
Die Ausbreitung der Partei schreitet stetig vorwärts. So sind in letzter Woche wiederum drei neue Mitgliedschaften angemeldet worden und zwar die folgenden:

Heidingsfeld bei Würzburg, Vertrauensmann C. Morgenweck. Hochstedt bei Stuttgart: Friedrich Minstedt. Kuhl in Thüringen: J. Rüdell.

Nachstehende Vertrauensmänner sind neu angemeldet und bestätigt worden:

Constanz: B. Wagner. Darmstadt: Franz Joseph Vinkert. Dresden: Eickhorn. Pörrach: Michael Schwöblin. Mülsen St. Nicola: Alban Vogel.

Hamburg, 18. März 1874.
Mit Gruß!
Der Ausschuß.
J. A.: H. Benneke, H. Schäferkamp 34.
A. Weib, Nödingsmarkt 12.

Gewerkschafts-Union.

Nachdem unter Zugrundelegung der Beschlüsse der vorjährigen September-Conferenz mehrerer Gewerkschafts-Verwaltungen, die Gewerkschaften der Schuhmacher, der Metall- und der Holzarbeiter die „Gewerkschafts-Union“ provisorisch begründet, andere Gewerkschaften indes ihren Beitritt von den Beschlüssen ihrer diesjährigen General-Versammlung abhängig gemacht haben, erscheint es notwendig, daß Behufs weiterer Ausbreitung und endgültiger Regelung dieser Angelegenheit ein allgemeiner Gewerkschafts-Congress und zwar in kürzester Zeit schon, abgehalten wird.

Die Verwaltungen der genannten Gewerkschaften haben sich dahin verständigt, daß dieser allgemeine Gewerkschafts-Congress zu Pfingsten dieses Jahres abgehalten werden soll und wird derselbe in Magdeburg stattfinden.

Zur Beschickung dieses Congresses werden hierdurch alle Gewerkschaften aufgefordert, welche gewillt sind, der Gewerkschafts-Union beizutreten, oder an der weiteren Entwicklung derselben mitwirken wollen.

Aus verschiedenen Gründen dürfte es sich empfehlen, wenn die bereits organisirten Gewerkschaften, welche der „Union“ beitreten wollen, ihre Generalversammlungen gleichzeitig mit dem Congress tagen lassen könnten. Sollte dies jedoch aus triftigen Gründen nicht ermöglicht werden können, so muß doch jedenfalls für zweckentsprechende Vertretung, als welche wohl Personen aus den Verwaltungskörpern — Ausschuß-Centralkommissionen — am geeignetsten sein dürften, Sorge getragen werden.

Weitere Anordnungen betreffs Lokal und Tages-Ordnung sollen später bekannt gemacht werden. Wegen näherer Mittheilungen und Auskunft wolle man sich an den Unterzeichneten wenden.

Hamburg. Namens der Central-Verwaltung:
Th. York, Erste Vorleser 13.

Gewerkschaftsgenossenschaftliches.

Metallarbeitergewerkschaft.

Angsburg, 30. März. Nachträglich ging noch für die streikenden Former Angsburg ein: Von Leipzig durch S. F. Bayer fl. 23 9, von München d. Rottmann fl. 29 51, von Fürth d. Rothmund fl. 3 24, Summa fl. 56 24.

Der Aktivrest von fl. 58 33 wurde an die Hauptkassirer der Metallarbeitergewerkschaft eingeschickt, um bei ähnlichen Strikes als Unterstützung verwendet zu werden.

J. A.: R. Hirth.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Solha. In Crimmitschau ist Bevollmächtigter Anton Dröge, bei Karl Bod, Kniegasse; Ernst Friedrich, Kassirer; Anton Mohr, Schriftführer; Hermann Schnabel, Revisor. Die Mitgliedschaft Amberg i. B., Helmstedt bei Braunschweig, Freiberg i. S. werden hiermit aufgefordert, bis spätestens den 15. April mit der Hauptkassirer abzurechnen, widrigenfalls sie aus der Liste der Mitgliedschaft gestrichen werden. Traurig ist es, daß man Kollegen erst an ihre Pflichten erinnern muß und ein Glück, daß es nur die Wenigen sind.
Gruß für die Verwaltung W. Bod.

Correspondenzen.

Leipzig. Man wird sich erinnern, daß der „verflorenne“ Abgeordnete für den 13. Wahlkreis, Herr Professor Birnbaum, in öffentlichen Versammlungen erklärte, der Schönheimer'sche Bankverein, in dessen Aufsichtsrath der Herr Professor sitzt, sei ein Geschäft, das gar Nichts zu wünschen übrig ließe. Die soeben erschienene Bilanz weist aus, daß das Leipziger Haus des Schönheimer'schen Bankvereins zwar 22,000 Thlr. Reingewinn, das Berliner Haus aber 177,000 Thlr. Verlust gemacht hat, der Ver-

lust des Geschäfts im verflorennen Jahre sich auf 153,000 Thlr. beläuft. Die Papiere à 100 Thlr. prangen zu 49 1/2 auf dem Courzettel. Wir gratuliren!

Heilshain, 31. März. An die Partei- und Gesinnungsgenossen des 14. sächsischen Wahlkreises. Auf Antrag des Ausschusses beauftragt das unterzeichnete Comité für Sonntag, den 5. April, Nachm. 2 Uhr, nach Norddorf bei Gastwirth Reiffelt eine Conferenz ein. Alle Wahlcomités des Kreises fordern wir auf, hierzu Vertreter zu senden. Die bei der letzten Conferenz gewählte Commission wird sämtliche Rechnungen nochmals vorlegen und die Ausgleichung vornehmen. Parteigenossen in Rücksicht haben sich beim Anschluß über das Verfahren des Centralcomités gegenüber Rücksicht beschwert und darauf hin forderte der Ausschuß das unterzeichnete Comité auf, die Conferenz einzuberufen, zu welcher er einen Vertreter senden wird. Die Schlichtung dieser Streitigkeiten haben wir als zweiten Theil der Tagesordnung angesetzt.

Mit sozialdemokratischem Gruß das Centralcomité.

Waldheim. Aufruf. Arbeiter des 10. Wahlkreises! Die Wahlkampagne ist vorüber, und während unsere Mitkämpfer auf andern Punkten glänzend Siege erfochten, haben wir zum zweiten Mal die Schlacht verloren. Aber lehrreich ist unsere Niederlage: während bei der ersten Wahl nicht 1,500 Stimmen mit Agitation auf unsern Candidaten fielen, erhielten wir bei der letzten Wahl fast ohne namentliche Agitation 3,300 Stimmen. Der dritte Sieg muß unser sein! Er wird es, wenn wir rechtzeitig vorarbeiten, neue Mannschaften gewinnen, die alten befestigen, und das Armecorps der Arbeit hinter dem Bollwerke der Erkenntniß verschangen. Da haben wir es nun freilich mit schlimmen Feinden zu thun, in erster Linie mit der gegenwärtigen Presse, welche den Arbeiter über seine eignen Interessen absichtlich im Unklaren läßt, welche für das Geld der Arbeiter, das sie mit erhält, deren Freunde und Vorkämpfer verläumdert, und den Leser auf Trugschlüsse leitet. Der „Volksstaat“ kann nicht alle diese lächerlichen Feinde abwehren, auch dringt er leider nicht überall hin. Das Publikum kann oder mag das Lokale, das Dertliche nicht entbehren, wozu sich der „Volksstaat“ nicht eignet, und durch die Haltung der gegenwärtigen Lokalpresse wird ein großer Theil des Publikums wiederum dem „Volksstaat“ unzugänglich, oder wenigstens indifferent gemacht. Was hier zu thun? Die Volksversammlungen werden uns sehr ersparen, in Döbeln sind sie gar verboten; auf welche Weise nun unsern fernstehenden Brüdern beizukommen? Wir haben darüber nachgedacht, und haben gefunden, daß wir nur mit ebenbürtigen Waffen unser Ziel erkämpfen werden, und unser Project hat bei den Arbeitern in unserer unmittelbaren Nähe Anklang gefunden. Arbeiter! Was sollen wir für unser Geld verfahrenes Lesefutter genießen? Wir wollen einen geistigen Consumverein gründen, damit wir ächte Waare erhalten. Wir wollen eine Gründung vornehmen, die sich von andern dadurch unterscheidet, daß es eine Arbeitergründung ist, welche nicht nur verklingt, sondern nützliche Produkte hervorbringt, welche andererseits nicht nur einige Aktionäre bereichert, sondern der Gesamtheit zu Gute kommt. Gründen wir eine „Arbeiter-Zeitung“, Organ für den 10. sächsischen Wahlkreis, welche von Arbeitern unterhalten und gelesen wird, bilden wir einen „Literarischen Verein“, welcher sich die Sache zu eigen macht, so ähnlich, wie es unsere Gesinnungsgenossen in andern Bezirken gemacht haben. Wohl ist es ein schwieriges Werk, eine „Arbeiter-Zeitung“ zu gründen. Aber die Waldheimer Produktiv-Assoziation giebt uns ein Beispiel, was der Arbeiter kann, wenn er sich mit seiner Sache verständigt. Die „Arbeiter-Zeitung“ soll bei niedrigstem Abonnementpreis vorläufig wöchentlich einmal erscheinen, muß aber, wenn sie lebensfähig werden soll, gleich einen großen Lesekreis finden. Darum treten schon jetzt zusammen, berathet und agitirt für unser Project, und thut es uns anher zu wissen, ob ihr es zu verwirklichen gesonnen seid. Auch eruchen wir alle freisinnigen Redaktionen, uns, die wir in diesem Fache neu sind, mit ihren Erfahrungen zur Seite zu springen. Alle Zuschriften solcher Art wolle man an den Vertrauensmann H. Wagner, Nr. 148, in Waldheim einsenden. Die „Arbeiter-Zeitung“ wird an der Stirn einen sozial-politischen Leitartikel bringen, dem sich die politische Rundschau anschließen wird. Dann folgen Nachrichten aus dem Wahlkreise, Correspondenzen, Verschiedenes und ein Frage- und ein Briefkasten, in welchem zu gleicher Zeit die eingelaufenen Fragen beantwortet werden sollen, schließend den reaktionellen Theil. Den übrigen Raum füllen, wie bei andern Blättern, Annoncen aus.

Bürger, Landleute, Ihr Alle, deren Hände Spuren von Arbeit zeigen, nehmt Euch unseres Projectes an, und macht es zu Eurer vornehmsten Angelegenheit! Bildung, Wahrheit, Erkenntniß! Laßt uns vorarbeiten, der „Volksstaat“, welcher dadurch gleichsam an Bedeutung gewinnen wird, thut das Flehen hinzu, und der nächste Wahlsieg ist unser.

Die Literar-Commission.
Dresden, den 25. März. Am letzten Sonntag hatten wir in der „Deutschen Halle“ geschlossene Mitgliederversammlung, in welcher neben der Wahl eines Vertrauensmannes noch die Abrechnung über den Wahlsond auf der Tagesordnung stand. Genosse Lohse, Kassirer des Landeswahlausschusses, gab einen sehr eingehenden Bericht über Einnahmen und Ausgaben des Wahlsonds, welcher in seinem Gesamtergebnisse im „Volksstaat“ mitgetheilt wird. Zugleich wurde beschlossen, dem Parteiaussschuss einen speziellen Kassenericht einzusenden, sowie auch hiermit allen Denjenigen, welche während der Wahlbewegung die Dresdner Parteigenossen materiell und auf andere Weise unterstützt haben, der Dank ausgesprochen sein soll. Was die Agitation selbst betrifft, so konnte dieselbe leider nicht so nachhaltig betrieben werden, wie wir es selbst gewünscht hätten, es fehlte uns dazu an Kräften, zugleich aber auch, und das war der Hauptfehler, an einem festen Stamm wohlorganisirter Parteigenossen. Seit den letzten anderthalb Jahren war die Dresdner Parteimitgliedschaft der Tummelplatz persönlicher Zerwürfnisse, die leider dahin führten, daß sich ein großer Theil sonst tüchtiger Parteigenossen gänzlich zurückzog, was natürlich zur Folge hatte, daß zwei Monate vor der Wahl die Mitgliedschaft Dresdens vollständig desorganisirt war.

Nur dem energischen Einschreiten einzelner Fremder nach Dresden importirter Elemente gelang es, endlich Frieden herzustellen, die Agitation und Organisation für die bevorstehende Wahl einzuleiten und festzustellen. An einen Wahlsieg in einem der beiden Dresdner Wahlkreise (Alt- oder Neustadt) war von vornherein nicht zu denken; es galt nur, die Stärke der Partei festzustellen. Aus diesem Grunde vermieden wir es auch, irgendwie fremde Kräfte für uns zu beanspruchen. Der naheliegende 6. Wahlkreis Wilsdruff-Charandt wurde von seinem Candidaten Bürger Esstein aus Waldheim, sowie den unermüdeten Deubener Parteigenossen bearbeitet; eine ganze Reihe von Versammlungen wurde in diesem Wahlkreise abgehalten, und wäre dort eine reiche Saat zu ernten, wenn es uns nur nicht total an Kräften fehlte, welche die einzelnen Orte organisiren und mit den Prinzipien der Partei vertraut machen könnten. Es ist selten, daß sich ein Parteigenosse

der Nähe unterjoge, an einem Sonntag nach irgend einem der großen Industrieörter oder kleinen Städtchen der Umgegend zu gehen und dort für unsere Sache zu wirken. Aber nicht genug damit, es gibt Viele, die sich Parteigenossen nennen und die dennoch um die Agitation sich gar nicht kümmern, selbst in den Parteiversammlungen lassen sie sich äußerst selten sehen, es Einzelnen überlassend, dafür zu sorgen, daß in den kleineren Versammlungen, wo die Parteigenossen sich zusammenfinden, um sich gegenseitig zu belehren, auch für geistige Speise gesorgt wird. Zerplittert in eine ganze Reihe von Sonderorganisationen fehlt der gemeinsame Geist.

Im 4. Wahlkreise haben wir besonders in Königsbrück festen Boden gefaßt, aber auch Radeburg, Radeberg und noch mehrere Städtchen wären Orte, wo es blos des Aufstosses bedarf, um eine lebenskräftige Mitgliedschaft zu gründen. Was nun die Altstadt selbst betrifft, so konnten wir beim ersten Wahlgange wenig thun, wir mußten unsere Kräfte zu sehr zerplittern; um desto energischer griffen wir bei der Stichwahl ein, und, das gewiß auch nach auswärts überraschend wirkende Resultat der Stichwahl, bei welcher wir fast die doppelte Stimmenzahl der ersten Wahl auf unsern Candidaten vereinigten, war lediglich das Ergebnis einer ausgezeichneten Organisation, die wir noch in den letzten Tagen schufen. An hundertfünfzig Mann waren die letzten drei Tage auf den Beinen, in jedes Haus, in jede Stube wurden unsere Aufrufe und Stimmgelbe getragen und Alles aufgeboten, um den Gegnern den Sieg so schwer als möglich zu machen. Die Gegner selbst würdigten diese unsere Thätigkeit vollständig und hatten dieselben durchaus keine unsere große Zuerstcht. Wir selbst aber glaubten niemals an einen Sieg unsererseits. Recht positiverlich war auch das Gebahren unserer Gegner unter einander selbst. Während sie sich beim ersten Wahlgange in der unsäglichsten Weise beschimpften und verdächtigten, fielen sie sich, nachdem ihnen blos mehr die Wahl zwischen Jacoby und Mindwig blieb, brüderlich in die Arme, um die Feinde der Ordnung und des „Reichs“, die wir nun schon einmal sein müssen, zu bekämpfen.

Das es auch an Wahlbeeinflussungen nicht fehlte, ist unter den jetzigen gesellschaftlichen Verhältnissen, die ja eine unabhängige politische Stellung für die größte Masse der Bevölkerung von vornherein ausschließen, selbstverständlich. Doch muß, soweit es sich um den 5. Wahlkreis (Altstadt-Dresden) handelt, lobend anerkannt werden, daß sowohl der Wahlcommissar wie auch die einzelnen Wahlvorsteher vollständig den Geist des Wahlgesezes in wirklichem liberalen Sinne aufsaugten. Aus dem 4. und 6. Wahlkreis läßt sich letzteres freilich nicht behaupten, denn dort wurden in einzelnen ländlichen Wahlbezirken geradezu standalöse Wahlbeeinflussungen vorgenommen. In vielen Orten wurden die Wahlzettel für die Arbeitercandidaten als unzulässig zurückgewiesen, an andern Orten, wie z. B. in Dittendorf und Radeburg, die zur Ueberwachung der Wahlhandlung bestimmten Arbeiter aus dem Wahllokale buchstäblich hinausgeworfen und so manche andere Unart getrieben. Zum Schluß soll noch erwähnt sein, daß die Ablehnung Jacoby's hier einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht hat, und wir konnten uns nur Glück dazu wünschen, daß wir bei der Stichwahl nicht gesiegt hätten, denn eine Neuwahl, die ja durch Jacoby's Ablehnung unvermeidlich gewesen wäre, hätte unbestreitbar eine kolossale Niederlage für uns ergeben.

Berlin. Es ist wohl wieder an der Zeit, unsern Parteigenossen etwas über unsere Bewegung am hiesigen Plage mitzutheilen. Die Wahlbewegung liegt hinter uns und ich möchte sagen, glücklicherweise, da dieselbe zwar unsere Kräfte sehr in Anspruch genommen, unsere Agitation aber aus den genügen bekannten Gründen wenig gefördert hat. Erst in der letzten Zeit entwickelte sich, unterstützt durch die Amsenheit der Reichstagsabgeordneten, wieder ein reizes Parteileben. Es kann nicht meine Aufgabe sein, über jede Versammlung zu berichten, doch will ich den Lesern des „Volksstaat“ einige interessante Vorkommnisse nicht vorenthalten.

Am 1. März fand auf Königshöhe eine von 400—500 Personen besuchte allgemeine Parteiversammlung statt, in der Most und Wotteler unter großem Beifall über die Stellung der Sozialdemokratie zur religiösen Frage referirten. Acht Tage darauf fand im Saale des Handwerkervereins eine große Versammlung des Berliner Arbeitervereins Schulze'scher Richtung statt, zu der auch Mitglieder der Hirsch-Dander'schen Gewerksvereine, des Held'schen Radikal-Reformvereins sowie unserer Partei gegen Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte Zutritt hatten. Tagesordnung war: das Reichspräsidenten, das Militärgesetz und die Novelle zur Gewerbeordnung, Referenten die Herren Nathan Schlesinger, H. Krebs und Liebster, alle drei treue Anhänger Schulze-Deitshch's. Nach einer längeren Debatte, an der sich unsererseits Heinsch, Wegner, Hant, Schuster und Andere beteiligten, wurden zu allen drei Vorlagen die von unsern Genossen gestellten Resolutionen, die unserm Programm entsprechend formulirt waren, mit großer Majorität angenommen, und siehe da, die ganze liberale Presse, welche für diese Versammlung Klame gemacht hatte, schwieg das Resultat derselben tot. Freilich konnte man nicht von Sprengen durch Sozialdemagogen reden, hatten doch unsere Genossen sogar das Bureau stillschweigend den Einberufern überlassen, und da wäre es doch zu beschämend gewesen, einzugehen, daß man von den „20 Bebelianern“ überstimmt worden sei.

Am 15. März feierten wir auf Königshöhe ein allgemeines Arbeiterfest zur Feier unserer Wahlsiege, bestehend in Concert, Gesangsvoorträgen, Festrede und Massengesang. Trotz des sehr schlechten Wetters war das äußerst geräumige Lokal gefüllt und ernteten neben der Festrede Wottelers namentlich die Gesangsvoorträge äußerst stürmischen Beifall.

Für den 18. März, den Jahrestag der Commune und des Berliner Straßenkampfes, hatten wir wiederum eine Gedenkfeier veranstaltet und zwar in Gräß's Salon. Eingeleitet wurde dieselbe durch den Gesang des Liedes: „Arbeiter, all erwacht.“ Hierauf sprach Bahlreich in der ihm eigenen ruhigen und doch so wirksamen Weise über die Bedeutung des Tages, worauf mit dem Gesange „So stehen wir voll Muth und Kraft“ der erste Theil der Feier schloß. Der zweite Theil wurde durch Vorträge und Deklamationen angefaßt. Auch diese der Bedeutung des Tages entsprechende Feier wurde von der gesammten Presse todtschweigend.

Da Bahlreich die Commune mehr allgemein behandelt hatte, so hielt am 23. März Most unter großem Beifall einen Vortrag über die Geschichte der Commune. Das wäre das Wesentlichste, was ich von der Parteibewegung mitzutheilen hätte; weniger Erfreuliches ist über die Gewerkschaftsbewegung zu berichten, die fast ganz darniederliegt. Ueber die Gründe ein andermal.

Eisenach, 22. März. „Der Kampf mit dem Lindwurm.“ Vor einiger Zeit lasen wir im hiesigen Blatte unter „Gemeinnütziges“: „In nächster Woche wird der Wanderlehrer Dr. Lindwurm unsere Gegend besuchen und hier in der Umgegend Vorträge halten, um der Sozialdemokratie, die bei der Landbevölkerung schon um sich greift, zu steuern u. s. w.“ Und kurz darauf Folgendes: „Volks-

ersonnung zu „Ihat“ auf dem „Heiligenstein“, Sonntag, den 15. März, punkt 4 Uhr Nachmittags. Logeort: Vortrag des Herrn Vorderlehrer Dr. Lindwurm aus Braunschweig über die Nothwendigkeit zur Gründung eines Bildungsvereins und dessen Beitrag zur Lösung der sozialen Frage, Entree 1 bis 10 Sgr. „Trag „Entree“ und schlechten Wetters waren wir doch neugierig zu wissen, was dieser Bildungspostel wollte. Der Einbufer der Versammlung, ein Amtmann, eröffnete dieselbe und ohne ein Parcau wählen zu lassen, ertheilte er dem Dr. Lindwurm das Wort, welcher nun zuerst nichts weiter zu thun hatte, als seinen Geifer auf die Sozialdemokraten zu speien. Diejenigen, die sich nur allein Arbeiter nennen, meinte Lindwurm, müßten aber, wenn sie sich es vernünftig überlegen, wohl zugeben, daß das Kapital nicht von sich selbst sich vergrößere, sondern man müsse es nützlich anlegen, und dazu gehöre Kopf oder geistige Arbeit. Dies war für uns eine Lehre. Lassen wir jedoch den Lindwurm weiter predigen: „Die Fabrikbesitzer und Kapitalisten hätten sich schon an vielen Stellen „human“ gezeigt, sie haben Krankenkassen und Consumvereine gegründet, welches dem Arbeiter mit zu gute kommt, in Folge dessen müssen sie, die Arbeiter, auch mit ihnen Hand in Hand gehen. Aber die Arbeiter seien zu wenig gebildet, sonst würden sie es längst eingesehen haben. Die Unbildung ließe sich schon aus Beispielen beweisen. z. B.: ein Straßengericht soßt den Besen beim Drehen ungeschädigt an wie der andere, bei Dienstmädchen, welche Feuer anmachten, sei es ja dasselbe, und ein Feiger in der Fabrik verbrennt mehr Kohlen wie der andere, in Folge dessen wäre es wohl an der Zeit, daß man „Bildungsvereine“ gründe, damit die Arbeiter „gebildeter“ würden. Die Priester sollten die Sache mit in die Hand nehmen und in ihren Ruhestunden das Volk dazu anhalten. Schöne Lehren für uns. Parteigenosse Giffry ergriff hierauf das Wort und widerlegte Dr. Lindwurm schlagend. Der löse Sozialdemokrat wußte sogar zu rügen, daß bei einer Volksversammlung Entree genommen wird, er erblickte darin eine Ausbeutung des Volkes, was doch Lindwurm wohl nicht nöthig hätte, da er doch 2000 Thlr. jährlich Gehalt beziehe und außerdem noch 4 Thlr. täglich Reisepesene erhalte. Ferner wies Giffry den verleumderischen Angriff zurück, daß die Sozialdemokratie mit den Ultramontanen Hand in Hand ginge. Man solle sich einer Rede Pallestrem's erinnern, die dieser in einer Session des früheren Reichstags hielt, und in der es heißt: „Um aber den Arbeiter vor der Internationale zu bewahren, müsse man ihm Gelegenheit geben, „Gottes Wort“ zu hören.“ Diese Anklage sei von den Ultramontanen mit großer Beifall aufgenommen worden. Auf die Bildungsbefredungen des Dr. Lindwurm entgegnete Giffry, daß die Partei, der Dr. Lindwurm angehöre, schon seit 1848 an dem Volke herumblüde, sie hätte es denn auch richtig dahin gebracht, die von ihr geleiteten Arbeiter zu — verbilden. Es schien jedoch dem Dr. Lindwurm nicht zu beagen, als Giffry dieses alles aufdeckte, denn die Herren vom Comité sigen an Sclandal zu machen, in den einige Ausbeuter des Volkes mit einstimmen, sie wurden aber wieder zur Ruhe gebracht und Giffry sprach weiter: „Wenn die Herren doch wirklich von der Gerechtigkeit ihrer Sache überzeugt wären, so möchten sie uns moralisch gegenüberreten“, aber die Herren schienen keine moralische Waffe zu haben, denn der Vorsitzende schloß die Versammlung und verschwand mit Lindwurm auf Nimmerwiedersehen. Die Arbeiter aber, die dieser Art von Bildung keinen Geschmad abgewinnen konnten, stimmten das Lied an:

„Es tönt ein Ruf von Land zu Land,
Ihr Armen reicht Euch die Hand etc.“
Dem Lindwurm wird hoffentlich der Appetit vergangen sein, in Eisenach weiter zu bilden; und wir wünschen, daß unsere Parteigenossen unserm Beispiel folgen. Bemerk sei noch, daß wir für den nächsten Sonntag eine Volksversammlung einberufen haben mit der Tagesordnung: Was will der Lindwurm in Thüringen? Mit sozialdemokratischem Gruß

Braunschweig. Im Auftrage des Ausschusses der Gewerkschaft der Waler, Ladner und Bergolder zu Braunschweig ersuche ich den Vertrauensmann der Partei oder sonst einen Parteigenossen in Cassel mir, wenn irgend möglich schnell, die genaue Adresse eines zuverlässigen Genossen der genannten Gewerbe zu übergeben, oder mir auf eine sichere Weise Auskunft zu ertheilen, wie es möglich — der Ausschuss oben genannter Gewerkschaft hat auf die ersten Tage des Juni d. J. einen Congreß nach Cassel anberaumt und da nach dort bis jetzt keine andere Anknüpfung möglich gewesen ist, hat sich die öffentliche Aufforderung nöthig gemacht, um zu Adressen zu gelangen —, daß in Cassel ein Lokal zur Abhaltung des Congresses nebst polizeilicher Erlaubniß zu erlangen ist. Da es Pflicht ist, uns in jeder Beziehung untereinander zu unterstützen, sehe ich einer schnellen Antwort freundschaftlich und dankend entgegen.

Theodor Kolenkrantz, Geschäftsführer des Ausschusses.
Derenburgstr. Nr. 1.

Barmen, 28. März. Die Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei in Rheinland und Westfalen, sowie diejenigen Parteigenossen an den Orten, wo noch keine Mitgliedschaften bestehen und die die Verbreitung der sozialdemokratischen Prinzipien sich angelegen sein lassen wollen, werden freundlichst ersucht, ihre genaue Adresse an den Vorsitzenden des Rheinisch-Westfälischen Agitationscomité's baldigst gelangen zu lassen.

C. Leiverkus, Bedmannshoffstr. 5a, Barmen.

Barmen. Für Samstag, den 21. März, Abends, hatten unsere hiesigen Parteigenossen eine Märkteier veranstaltet, bestehend in Concert, Theater-Aufführung und deklamatorischen Vorträgen. Der Besuch der Feier war ein guter zu nennen, es konnten etwa 400 Personen anwesend sein. Das von einem unserer hiesigen Parteigenossen verfaßte Theaterstück, „Die Gränder“, fand, sowohl was die Aufführung, als auch das Stück selbst anbetrifft, den ungetheiltesten Beifall. Die Festrede hielt Parteigenosse G. Werth. Dr. Köll gab ein prächtiges Gedicht, betitelt „Das Menschenalter“, zum Besten. Hr. Wette feierte das Andenken an die gefallenen Märzhelden von 1871, ebenso Parteigenosse Hugo Hillmann das der Kämpfer von 1848. Ein Denunziationsartikel im „Bergisch-Märkischen Generalanzeiger“ gab Hr. S. Hillmann sowohl, als auch einem Mitgliede des Allgem. d. Arbeitervereins Anlaß, das Verfahren der Preßhusten ins rechte Licht zu stellen. Dem zum Fest anwesend gewesenen Schreiber beregten Artikels wird wohl auf einige Zeit die Lust vergangen sein, seine schwarz-weiß-national-liberalen, meinethen auch „fortschrittlichen“ Geistesfunken gegen die Sozialdemokratie zu verprühen. Erwähnenswerth ist, daß, während die Petroleure und Petroleusen ihre „verbrecherische“ Erinnerung an die ebenso „verbrecherischen“ Märzrebelln im Saale feierten, die Nordpatrioten ihr Wesen aus Anlaß des Kaisergeburtstags auf der Strafe trieben und die Armen Spießbürger durch ununterbrochenes Knallen gar nicht zum Schlafen kommen ließen. Die Feier hat einen für uns äußerst günstigen Verlauf genommen.

Heidelberg, 18. März. Vierundsechzig Stimmen bei der Reichstagswahl! Ein trauriges Zeichen für eine Stadt wie Heidelberg, ein noch traurigeres Zeichen für die Arbeiter Heidelbergs. Man sollte es kaum für möglich halten, daß in einer Stadt, die 22,000 Einwohner hat, und in der schon lange eine Partei besteht, nur 64 Stimmen für den Arbeitercandidate (Wost) abgegeben sind. Allein, wenn man bedenkt, daß wir hier keinen Redner haben, daß in Mitgliederversammlungen vier Mann anwesend sind, daß wir kein ordentliches Lokal bekommen konnten, was für Wahlbeeinflussungen vorgekommen sind, daß selbst die Arbeiter gleichgültig sind, sogar meistens feindselig gegen ihr eigenes Wohl, dann sind die 64 Stimmen nicht zu verwundern. Dann konnten wir einige Zeit vor der Wahl keine Volksversammlungen abhalten, weil wir kein Lokal hatten; und als wir knapp vor dem Wahltag einige halten konnten, waren sie schlecht besucht. Die Gegner glänzten wie gewöhnlich durch Richter'scheinen. Und doch herrschte, trotz dieses Zeichens unserer Schwäche, eine ordentliche Furcht vor uns. Es war zum Lachen, wenn man die Bierhülster am Abend vor der Wahl sich in die Ohren tuscheln hörte: Wieviel Stimmen werden sie bekommen? Das rothe Gespenst ist jetzt auch bei uns eingezogen, das Gift der Menschheit auch hier eingebracht!

Und auch jetzt nach der Wahl scheut man keine Mühe und keine Kosten, um uns zu unterdrücken. Sogar die Narrengeellschaften haben den Krieg gegen uns eröffnet. Nämlich durch die haben wir das einzige Lokal, was wir bekommen konnten, verloren. Wir sind nun darauf angewiesen, Montags still zusammenzukommen, um unsere Meinungen untereinander auszutauschen. Man glaubte, durch Entziehung des Lokals uns Wenige noch auseinander zu sprengen; aber man hat sich geirrt. Wir sind zwar wenige, aber wahre Sozialdemokraten, die nicht wegen eines Redners, sondern wegen der heiligen Sache, für die wir kämpfen, zusammenkommen. Wenn alle Mitgliedschaften so ihrer heiligen Aufgabe bewußt sind, so ihre Pflichten erfüllen, wie unser kleines Häuflein, dann kann der Tag des Sieges nicht allzufern mehr sein; dann erzielen wir in drei Jahren an allen Orten noch größere Resultate. Ein wichtiges Kapitel waren, wie an allen Orten, die Wahlbeeinflussungen, die Benützung der Arbeiter zu Stimwich. Da kam der Kleinmeister mit zwei Gefellen, ließ sich drei Zettel (natürlich „liberal“) geben, ging mit den Gefellen hinein und ließ sie die Zettel in die Urne werfen. Und erst in Fabriken! Unter den Hunderten von Beispielen, die man aufzählen könnte, nur eins: Der Fabrikant M. ließ sich aus dem Wahllokal am Rathhaus, wo Parteigenosse Mlet stand, Zettel holen für den „liberalen“, ließ dann seine Arbeiter militärisch antreten, zog mit ihnen aus Wahllokal, gab jedem seinen Zettel, ließ sie dann einzeln an sich vorbeimarschieren, so daß keiner einen „rothen“ oder einen „schwarzen“ Zettel bekommen konnte. Klingt das nicht Wahlfreiheit wie Spott, wie Hohn? Auch ein Stückchen zur Hartort'schen Rohheitsstatistik können wir liefern. Am Museum stand Parteigenosse Eber. Auf die Anfrage eines feingekleideten Herrn, was für Zettel er hätte, antwortete er: sozialdemokratische. Was war die Antwort des „gebildeten“ Herrn? Wenn ich hier zu sagen hätte, ließ ich Sie hinauswerfen. — Aber dies Alles wird den Geist der Wahrheit nicht hemmen können; in den Köpfen der Arbeiter Heidelbergs wird es auch Licht werden; keine Macht der Erde kann es verhindern, daß der wahre Fortschritt, die Sozialdemokratie, sich immer mehr ausbreiten wird, trotz Kaiser und Reich, trotz Pfaff und Geldsack. Man kann uns ins Gefängniß werfen, man kann uns knechten und tödten, aber den Geist der Wahrheit, des Rechts und der Freiheit, den kann man uns nicht aus der Brust reißen. Den Geist jener Männer, die ihre Ueberzeugung mit dem Leben blühen mußten, auf die uns der heutige Tag hinweist, wird man nicht tödten können.

Klagenfurt, 19. März. Am 12. März wurde der Herausgeber des „Sozialpolitischen Volksblattes“ Gustav Fernhorn wegen Preßvergehens zu drei Monaten verhängnisvollen Gefängnisses und Ausweisung aus Kärnten verurtheilt. Die Herren Bourgeois-Geschwornen sprechen natürlich wohl Jemanden frei, der die Pfaffen frigt, dabei aber den heiligen Welsack in Ruhe läßt. Zu bemerken ist, daß der inkriminierte Artikel dem Buche von Stamm „Darbende Menschheit“ entlehnt war. Die löbliche Staatsanwaltschaft konnte früher in dem Buche nichts „Gefährliches“ finden, erst als die Presse sich dessen Inhalts bemächtigt, glaubt sie einschreiten zu müssen. Selbstverständlich wurde die Nichtigkeitsbeschwerde angemeldet und haben daher die Herren Geschwornenen Gelegenheit, zu zeigen, wie sie hierüber denken. Das „Sozialpolitische Volksblatt“ ist einstweilen auf drei Monate suspendirt worden.

Briefkasten
der Redaktion. G. R. in Dresden: der Brief wird besorgt. M. Kayser in Breslau: für Sie liegt ein Brief bei uns; bitte um Angabe genauer Adresse. C. L. in Hantern: Brief folgt demnächst: das Gewünschte besorgt. der Expedition. W. Sp. in Braunschweig: die Unterstüßung Schr. gr. 6 5, C. Brömm Forste Ab. 1. Du. 7 thlr., Rest 21 gr., Myr Jägerdorf Ab. 2. Du. 2 thlr., Ihr Outbaben betr. jetzt 17 gr., Wis hier Ab. 2. Du. 16 gr., Bröm Gotha Ab. Jan. 6 thlr., Schöne Warkburg Schr. thlr. 1 18, S. Pöhr Götting Ab. 2. Du. thlr. 4 5 5, Schr. 10 gr., Himmn Rainz Ab. 1. Du. thlr. 8 4 2, D. Dresden Ab. März 6 gr., Jo Schr Ologgnitz Ab. 2. Du. thlr. 1 21, Cpr hier Schr. gr. 13 4, Sgl Eggerste Schr. 5 gr., DI Mänchen - Gladbach Schr. 18 gr., M. hier Ab. 2. Du. gr. 17 5, Schr. 7 gr., Sfrt hier Schr. 5 thlr., S. H. Esfurt Ab. 1. Du. 25 thlr., Kschm Wiederitzsch Ab. 1. Du. thlr. 1 5, Gsch. der Holzarbeiter Vinz Ab. 2 Du. thlr. 1 4, Köhrt Hamburg Ab. 2. Du. thlr. 1 5, S. Frdr Cöfel Ab. 2. Du. thlr. 1 12, Fr. Sinstfr Berlin Schr. 14 gr., Hüglg Trisch Ab. 2. Du. 1 thlr., Fr. Schicht Dresden Ab. 4. Du. 5 thlr., G. Hurchs Cöln Ab. 1. Du. 40 thlr., Schrd Constanz Ab. 1. Du. 2 thlr. — G. Hch Reumart 1/5: Sie haben bei der Post nur 16 gr. f. Abonn. zu bezahlen, die Befozung durch Briefträger ins Haus kostet 2 gr. 5 pf. Joh. Hchr Bischofgrün: Sie zahlen f. März 8 gr. 5 pf., soviel kostet eben Ihr Monatsabonn. Emil Mann (wo? Ihre Corresp.-Karte hat keinen Poststempel): Anker Sachen wird nur auf die zwei ersten Monate Post-Abonnement angenommen, nicht auf den ersten allein.

14. sächs. Wahlkreis.
Am Ostersonntage, Nachmittags 2 Uhr, findet zu Rardorf bei Gostwitz Krafft (Bahnhofs-Restaurant) eine Conferenz statt, wozu die Parteigenossen aus Gostwitz, Rochlitz, Penig, Cosbuz, Kaufzig, Frobburg, Lunzenau und Weßelburg Delegirte entsenden wollen.
Tagesordnung: Die Agitation und Organisation. Rückblick auf die jüngste Wahlbewegung im 14. sächs. Wahlkreis.
Der Partiausschuß.
S. A.: A. Weib.

Augsburg Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Samstag, den 4. April, Abends 8 Uhr; Versammlung in der „Schützenhalle.“
F. Hüttenloher, Vertretm.

Berlin Gewerkschaft der Manufakturarbeiter.
Sonntag, den 4. April, Abends 8 Uhr; Versammlung bei Mäwes, Webersstraße 24.a. — Jedes Mitglied muß pünktlich am Platze sein.
C. Fiker, Vertretm.

Breslau Arbeiterverein Geselligkeit.
Sonntag, d. 5. dse. M., Abends von 8 Uhr ab:
Gesellige Zusammenkunft mit Damen
im „Cafe Sanfenci.“ Weßelgasse 4 parterre, links.
Recht zahlreiche Betheiligung von Mitgliedern und Gästen wünscht
Der Vorstand.

Vorher von punkt 6 Uhr ab, in demselben Lokale: „Geschlossene Mitgliederversammlung.“ — Die Anwesenheit sämtlicher Mitglieder ist unbedingt notwendig.
D. S.

Eßlingen Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Kommenden Ostersonntag:
Große Tanzunterhaltung im Gasthof zum Schwan,
wozu die Parteigenossen und Gewerkschaften von hier und Umgegend freundlichst eingeladen sind.
Entree für Partei- u. Gewerkschaftsmitglieder 18 fr., Nichtmitglieder 48 fr.
Anfang Nachmittags 4 Uhr.
Der Ausschuß.

Hamburg u. Umgegend Mittwoch, d. 8. April, Abends halb 9 Uhr:
Öffentliche Versammlung der Cigarrenarbeiter im Lokale des Herrn Thomsen (Orpheum) Neue Neustraße 25.
L.-D.: 1. Berathung über Mittel und Wege zur Besserung unserer Lage. 2. Verschiedenes. 3. A. der Kommission G. Herzig. [2a]

Hamburg Verband der Klempner und verw. Berufsgenossen.
Sonabend, d. 4. April, präc. halb 9 Uhr Abends:
Generalversammlung, Schoppenstraße Nr. 22.
L.-D.: 1. Abrechnung. 2. Renwahl des Ortsvorstandes. 3. Wahl eines Delegirten. 4. Prüfung von Anträgen. 5. Verschiedenes.
Wegen Wichtigkeit der Sache ist es Pflicht eines Jeden zu dieser Versammlung zu erscheinen.
Herd. Reefe, Beom.

Hamburg-Altona Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Ostersonntag, den 5. April, Nachmittags 3 Uhr: Krankenkassen- und Gewerkschafts- Generalversammlung im Schuhmachergasthaus, Altona, Berenstraße.
Es ist durchaus notwendig, daß Alle kommen. Der Ausschuß.

Leipzig Arbeiterbildungs-Verein.
Charfreitag Abend: Gesellige Zusammenkunft.

Leipzig Sozialdemokratischer Arbeiterverein.
Sonabend, d. 4. April, Abends 8 Uhr, bei Zeidler:
Geschlossene Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: Kassenbericht. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsarten sind vorzuziehen. Präsenzliste liegt auf. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
D. S.

Den 1. Ostersonntag Nachmittags gemeinsamer Spaziergang nach Kleinitzscher. Zusammenkunft um 2 Uhr in der Vereinsbrauerei, Abmarsch punkt 3 Uhr.
Am 2. Ostersonntag Ausflüg mit Damen über Thonberg, Städtterig, Holzhausen, Fuchsbain nach Rannhof. Abmarsch Vormittags 9 Uhr vom Gasthof zum Thonberg, wozu die Mitglieder der Arbeitervereine und Gesammangsgenossen von Meanditz, Thonberg, Städtterig, Gr.- und Kleinitzschoder, Plogwitz, Lindenau, Gohlis, Connewitz u. freundlichst eingeladen werden. (Bei Regenwetter unterbleibt der Ausflug.)
J. A.: W. Finl.

Stade Den Parteigenossen und Freunden von Stade und Umgegend wird hierdurch bekannt gegeben, daß der „Volksstaat“ in folgenden Vertheilungsorten anliegt:
Bei E. Lietgens, zum Untenberg; J. Bergken, Schneidewerberg; A. Ehlers, Holzstraße und J. Wedekind, Hohenthorvorstadt.
Es ist wünschenswerth, diese Lokale nach Bedarf besonders zu berücksichtigen. Ferner abonnirt man auf den „Volksstaat“ Quartals- wie Monatsweise bei E. Wildstaude, Langewitwe 675 sowie bei J. Stablbock, Beguinenstraße. Auch werden daselbst einzelne Nummern zur Probe ausgegeben.
Der Vertheilungsmann.

Gesucht
unter sehr günstigen Bedingungen ein Lehrling für mein Geschäft am gleich oder später.
D. R. Kahl, Schneidermeister.
Bremerhaven, Mittelstraße.

Gleichzeitig halte mich den geehrten Parteigenossen, sowie den Gewerkschaftsmitgliedern bestens empfohlen. [3a] D. D.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten, vorzüglich den Freunden in Glaucha und Gera, zur Nachricht, daß unser Mitglied Nikol. Kinzel aus Meuselwitz (Gera) nach einem zehmonatlangen Krankenslager verschieden ist und haben wir den treuen Kämpfer für „Recht und Wahrheit“ am 21. März in aller Stille zu Grabe begleitet, was wir hieturch tiefgeührt anzeigen.
Greiz, am 30. März 1874.
J. Auftrag des Weber-Vereins: D. Flamm, i. J. Borf.

Die Hutfabrik-Genossenschaft
Kleine Fleischergasse 20
in Leipzig
empfiehlt ihr Lager in
Filz- und Seidenhüten neuester Façon
zu den billigsten Preisen. — Reparaturen gut, schnell und billig.

Arbeits-Hosen.
Aocht Englisch Lederhosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
" Cord-Hosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
" Starke Stoff-Hosen à Stück 2 Thlr. 15 Sgr.
" Militär-Drillhosen à Stück 1 Thlr.
" Baumwollene feste Arbeitshosen à Stück 27½ Sgr.
empfiehlt

Louis Guttman
J. N] No. 24 Grimmische Strasse in Leipzig No. 24
Social-Demokrat.
2. Jahrgang, erscheint in Hamburg einmal wöchentlich. Herausgegeben von Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins.
Preis 10 Sgr. pro Quartal. Alle Postämter nehmen Bestellungen an. [2b]

Sorben ist erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:
Allerhand Proletarier.
Eine Hausgeschichte von A. Otto-Walkler.
(Separatdruck aus dem „Volksstaat“-Erähler.)
Preis brosch. 5 Sgr., gebunden 7½ Sgr.
Expedition des „Volksstaat.“

An die Schriften-Filialen.
Alle Schriften, für welche nicht augenblickliche Verwendung ist, sondern 4. und 6. Pief, vom Hochverrats-Prozess, sind bis 15. April an uns zu remittiren. Was bis dorthin nicht zurück ist, muß bezahlt und sofort bezahlt werden. Von den auf Lager behaltene Schriften ein Verzeichniß einzusenden.
Leipzig, 1. April 1874.
[3a] Die Expedition des Volksstaat.
Leipzig: Berantw. Redakteur: M. Preißer. (Redaktion u. Expedition: Belzerstr. 44.) Druck und Verlag der Gewerkschaftsdruckerei.